

Vorgequassel

Hahaha, unfrohliche Weihnachten und so! Zumindest allen, die uns nicht mögen... Den anderen von jedem ein bisschen und dazu noch dies und das.

Was gibt's neues? Nach einer etwas längeren Pause hier nun endlich eine neue Ausgabe, die auch noch im Doppelpack. Die nächste Ausgabe gibt es dann theoretisch irgendwann im Februar 2002. Macht Euch darum aber keinen Kopf, denn Ihr zahlt nix dafür und die wenigsten schreiben etwas. Und die, die etwas schreiben wollten oder es tatsächlich getan haben, schaffen es nicht, das abzuliefern. Soso („sog. Wink mit einem ganzen Zaun“). Hach ja. Zum 11. September steht nix eigenes von uns drin. Es wäre zwar nötig gewesen, aber zu den ganzen Erklärungsversuchen diverser Gruppen möchten wir erst mal nicht beitragen.

Genießt einfach das Heft und das ekelhafte Wetter und plant bitte für den 12.01.2002 vor – schließlich wollen wir doch nicht, dass das braune Geschmeiß an diesem Tag auf dem Markt aufmarschieren kann?!

Und jetzt gehabt Euch wohl! Husch husch, schnell weiterlesen!

Inhaltsverzeichnis

Vorgequassel -----	2
Inhaltsverzeichnis -----	2
Wir haben heute in Jena ein Haus besetzt. -----	5
Rechtsextreme erpressen Schutzgeld in Erfurter Innenstadt -----	6
Wichtige Neuigkeiten im Fall Mumia Abu-Jamal -----	6
Von Castoren und strahlenden Siegern... -----	8
Der neue Paragraf 129b-----	9
Entstehung, Inhalt und praktische Bedeutung für politisch Aktive -----	9
1. Ein Gesetzesprojekt in Zeiten des Terrorismus -----	9
2. §§ 129, 129a und Vorläufer in der Geschichte politischer Justiz in Deutschland ----	10
3. Erfahrungen mit den §§ 129a, 129 von 1976 bis heute -----	11
4. Der neue § 129b -----	13
Einladung zur Crossover Conference des Antiracist Antisexist Summer Camp Project 17.-20.	
Januar 2002, Bremen -----	15
Die Abgeschobenen des G8 können feiern-----	18
Auszüge aus einer Pressemitteilung der nazi-onalen Jugend Jenas“-----	19
Aufruf zu Gegenaktivitäten-----	20
Ein linkisches REptil -----	21
AHG gibt nicht mit dem RT Afghanistan-Info heraus! -----	22
eine etwas längere antwort zur kurzen frage:-----	23
Wenn Dummheit einen Namen trägt... -----	24
Lange lebe Israel! Kein Staat Palästina!-----	30

the.future.is.unwritten@gmx.net

Projekt Future

c/o Schwarzes Loch

PF 100841

07708 Jena

www.infoladen.de/sljena/future.htm

Artikel, die eineN VerfasserIn angeben, stimmen nicht notwendigerweise mit unseren Ansichten überein.

Endlich wieder: Hausbesetzung in Jena!

Wenn auch mittlerweile längst Geschichte, gab es am 15.09.2001 eine Hausbesetzung in Jena. Die Tatsache, dass dabei eine ehemalige Polizeiinspektion besetzt wurde, hat nicht nur die Polizei in eine schwere, aber nur kurze, Krise stürzen lassen: Das Gebäude erwies sich als fast unräumbar, nur die Hilfe der Feuerwehr hätte einen Polizeieinsatz gelingen lassen. Wir dokumentieren Euch hier den Ablauf der Aktion und das, was danach kam:

Samstag, 15.09.2001:

irgendwann nachts Bezug unseres neuen Zentrums

09:30 Beginn der Mobilisierung.

10:00 Die ersten Leute treffen ein.

12:30 Die drei Transparente werden aufgehängt und Flugis verteilt.

14:00 Zwei Streifenwagen postieren sich.

14:30 Nazis vom THS (mit SHK-Kennzeichen) fahren vorbei, beginnen zu filmen und zu telefonieren. Kurz vorher oder danach beschlagnahmen die Bullen (Herr Schulz) eine Videocassette: Unterstützung und Nichtanzeige einer Straftat, Filmen von Beamten ohne deren Einverständnis. Gleichzeitig verkündet der Einsatzleiter Schulz, daß das Grundgesetz an diesem Tag nicht mehr gelte.

15:45 Der Einsatzleiter wird von einer Wasserflasche versehentlich „getroffen“, als er zu verhindern sucht, daß Außenstehende die BesetzerInnen mit Essen + Trinken versorgen: Die Flasche trifft nur die Hauswand, fällt wieder runter und springt nach Bodenkontakt Schulz ins Gesicht. Großes Geschrei und Wehklagen erhebt sich.... ;)

16:00 Die ersten Bullen verschaffen sich Zutritt zum Hof; mithilfe einer winzigen Eisensäge verbringen sie die nächsten 45 Minuten mit dem Zersägen eines einzigen Bügelschlusses. Der Einsatz eines Bolzenschneiders bleibt erfolglos. Daraufhin werden die Türen endgültig verbarrikadiert.

16:50 Abbruch der handwerklichen Betätigung. Statt dessen zieht eine halbe Hundertschaft Plastikroboter auf, in deren Anhang sich auch zwei Feuerwehrfahrzeuge, darunter ein Leiterwagen, befindet.

17:45 Nach zahlreichen technischen Fehlversuchen kommt die erste Räumungsaufforderung. Diese enthält die vorher ausgehandelte Straffreiheit und die Zusicherung der Stadt Jena, über dieses Gebäude zu verhandeln. Daraufhin entschlossen sich die BesetzerInnen, das Gebäude zu verlassen.

18:00 Alle sind wieder draussen, das Haus steht wieder leer.

Montag, 17.09.2001:

Vereinbarung eines Verhandlungstermins für Freitag 13:00.

Dienstag, 18.09.2001:

Rückgabe der beschlagnahmten Transparente wird weiter verzögert. Der zuständige Einsatzleiter ist immer nicht da.

Freitag, 21.09.2001:

13:00 Die Verhandlungen beginnen... Da wir unseren Standpunkt, kein Geld von der Stadt Jena zu nehmen, klar machen, fallen denen einige Steine vom Herzen: Sie

beginnen das Projekt zu mögen, weil wir dafür bezahlen. Deshalb wird auch ein Dezernet zusammen mit uns nach Erfurt fahren, um mit der Landesentwicklungsgesellschaft zu verhandeln. Das Konzept selber ist fertig, in wenigen Tagen wird der Verein "FreundInnen des Hauses PI e.V." gegründet sein; damit sind wir auch als juristische Person ansprechbar.

Mittwoch, 26.09.2001:

Der Leiter der Abteilung Staatsschutz gibt nach intensivem Fragen (Wer wars denn nun? Wer hat sich das ausgedacht? usw.) die Videokassette zurück; auch die Transparente finden ihren Weg zurück.

Am Abend Vorstellung des Konzeptes in größerer Runde.

Samstag, 29.09.2001:

Demonstration: "Freiräume schaffen! Selbstverwaltung fördern!" Enttäuschende 25 TeilnehmerInnen – genauso viele wollten nicht auf andere warten, sonst wären es wenigstens 50 geworden.



Donnerstag, 18.10.2001:

2. Gespräch mit Jugendamt.

Montag, 23.10.2001:

Gespräch mit Vertretern (ja, alle männlich) des Finanzministeriums und der Landesentwicklungsgesellschaft. Dabei wird uns zugesagt, sollten wir ein geeignetes Objekt im Landesbesitz finden, wird ernsthaft darüber verhandelt - der Steiger selber

wird "im Interesse der Steuerzahler" zusammen mit dem ehemaligen Oberlandesgericht verkauft. Also suchen wir...

Es sind mittlerweile noch andere „Dinge am Laufen“; allerdings sollte darüber wegen Staatsschutz und Nazis momentan weniger drüber gesprochen werden. Für News schaut bitte auf die Seite der Gruppe: www.piratten.de.vu

Wir haben heute in Jena ein Haus besetzt.

Ein Satz, mehrere Fragen: Wir? Haus? Besetzt???

Wir sind einige bis viele Jugendliche und junge Erwachsene, die viele Wünsche, Utopien - aber kein Geld, keine Räume und keine eigene Lobby haben. Z.B. Möchten wir nicht nur zusammen wohnen, sondern auch arbeiten ; dafür möchten wir uns Werkstätten, Ausstellungsräume, ein Café, vielleicht eine Bühne für Kleinkunst und auch eine Bibliothek einrichten. Allein schon ohne Wohnräume bräuchten wir dafür viel Platz. Dieser ist eigentlich reichlich vorhanden in Jena, denn Häuser stehen genügend leer, denen oftmals ein ungewisses Schicksal zudedacht ist: Vor 8 Jahren waren es über 130 größere und kleinere leerstehende Objekte. Von diesen wurde ca. ein Drittel abgerissen. Ein weiteres Drittel steht immer noch oder wieder leer. Dazu sind zahlreiche neue Häuser gekommen. Saniert werden nur die "Schmuckstücke" in zentraler Lage; Stadt und Land geben diese oftmals an Immobilienfirmen ab, die dann völlig anonym verwalten lassen und nur an Steuerabschreibung interessiert sind. Und für Projekte, die sie selbst verwalten, d.h. alle Entscheidungen basisdemokratisch fällen, aber kein Geld für einen solchen Raum wollen, gibt es nichts.

Wenn Jena dann mal wieder vom schlechten Gewissen geplagt wird oder Rechtsextreme Menschen jagen und verletzen, gibt es als Zeichen von Reue schöne Worte, Bettelaufrufe an die JenaerInnen, doch ja ein klein wenig zu spenden, damit mal ein einziger neuer Jugendklub aufgemacht werden kann. Was gibt die Stadt Jena? NICHTS!

Erst recht werden Projekte wie das unsere, ignoriert und totgeschwiegen. Was wollen wir denn schon? Ein Haus! Wir glauben, daß Stadt und Land uns das schuldig sind, denn wir jagen keine Menschen, sind keine RassistInnen, sorgen nicht für Schlagzeilen, die "das Bild Jenas im Ausland beschmutzen" könnten. Aber wir sorgen für eine Bereicherung für das kulturelle, jugendliche und selbstbestimmte Leben hier in dieser ansonsten grauen Stadt. Wir haben uns genommen, was wir brauchen. Leider war eine Besetzung der einzige Weg. Wenn Ihnen nicht gefällt, was wir gestalten möchten, dann suchen Sie sich selbst was. Oder besuchen Sie uns doch: Haus PI (ehemalige PolizeiInspektion) Am Steiger 1

Flugblatt der Piratten vom 15.09.2001

Rechtsextreme erpressen Schutzgeld in Erfurter Innenstadt

In eine Reihe vermehrter Angriffe rechtsextremer Gewalttäter gegen Flüchtlinge und alternative Jugendliche in den vergangenen Wochen in Thüringen reiht sich ein aktueller Fall aus Erfurt ein. Dort wurde am vergangenen Montag ein achtzehnjähriger Punk (F.) und mit ihm weitere Personen auf dem Anger von zürst zwei und später weiteren vier hinzugekommenen Rechten im Alter von ca. 25 Jahren beleidigt und geschlagen. Mit den Worten: "Dich kenne ich doch, kriegst eine in die Fresse...!" nahmen den Jugendlichen zwei der Angreifer mit Gewalt beiseite und schlugen ihn. Später wurde er von den Angreifern aufgefordert, ein "Schutzgeld" in Höhe von 2.500,- DM zu zahlen, um weitere Angriffe abzuwenden. Nachdem F. sagte, daß er einen solchen Geldbetrag überhaupt nicht zur Verfügung hätte, wurde er aufgefordert, innerhalb einer viertel Stunde eine "Anzahlung" in Höhe von 200,- DM zu besorgen, seine Freunde sollten als "Geiseln" bis zu seiner Rückkehr herhalten. Statt der Aufforderung nachzukommen, informierte F. die Polizei. Später erfuhr er, daß seine Freunde freigekommen waren, die teilweise bekannten Angreifer aber ein "Kopfgeld" auf F. und einen Freund ausgesetzt hätten. Der entsprechende Steckbrief fände sich im Internet wieder.

Mittlerweile halten sich F. und seine Freunde nicht mehr in Erfurt auf. Die Gefahr, in Erfurt ihre Erpresser wieder zu treffen, scheint ihnen zu groß, zumal diese im Besitz eines Fotos von F. und einem seiner Freunde waren undangaben zu wissen, wo beide wohnten.

Der gesamte Vorfall spielte sich am Montag gegen 12.30 Uhr auf dem Erfurter Anger ab. Offenbar nahm kein einziger Passant die Bedrohung der Jugendlichen durch die Gruppe älterer Rechter wahr bzw. ernst. Die Opfer dieser Erpressung und der nach wie vor akuten Bedrohung bleiben auf sich gestellt, vielleicht, weil sie bunte Haare haben und sowieso nicht in das "Bild von Ordnung" passen, das Händler und Passanten in der Erfurter Innenstadt gern sähen. Ein zivilcouragiertes Eingreifen hätte die Erpressung und Bedrohung öffentlich machen können und die Täter sicher dazu bewegt, von ihrem Vorhaben abzulassen.

Wichtige Neuigkeiten im Fall Mumia Abu-Jamal

Im Jahre 1981 wurde Mumia Abu-Jamal, ein afroamerikanischer, bekannter und radikaler Journalist aus Philadelphia, wegen Mordes am Polizisten Daniel Faulkner zum Tode verurteilt. Mumia ist nachweislich unschuldig. Sein Verfahren war eine Farce. Es war ein Verfahren in dem...

- Mumia das Recht auf Selbstverteidigung aberkannt wurde
- er einen Strafverteidiger bekam, der nach eigenem Bekunden nichts mit dem Fall zu tun haben wollte.
- Zeugenaussagen, die für Mumia sprachen, unterdrückt und gerichtlich nicht zu Protokoll genommen wurden.
- weitere Zeugenaussagen gegen Mumia von der Polizei erkaufte wurden.

- Mumias politische Überzeugungen im Verfahren gegen ihn angewandt wurden. Mumia war Mitglied der Black Panther Party for Self Defence.
- Die Polizei ein Geständnis konstruierte, in dem Mumia in einem Krankenhaus angeblich den Mord zugibt. Weder der behandelnde Arzt noch andere Offiziere bestätigten dieses Geständnis.

Die USA haben nach wie vor kein Interesse an Gerechtigkeit. Zuletzt hat Mumia in seinem Kampf um ein neues Verfahren einen empfindlichen Rückschlag erlitten. Die Richterin, bei der die Anwälte Abu-Jamals eine Wiederaufnahme des Verfahrens beantragt hatten, hat sich für nicht zuständig erklärt. Damit ist der Antrag abgelehnt. Die Anwälte Mumias hatten den Wiederaufnahmeantrag damit begründet, die damaligen Vertreter Mumias hätten ihn völlig unzureichend verteidigt. Außerdem gäbe es neue Beweise die Mumia entlasten würden. Denn im Juni 2000 war an die damalige Verteidigung Mumias ein Mann herangetreten, der angab, der wirkliche Mörder Daniel Faulkners zu

sein. In seinem inzwischen auf Video dokumentierten eidesstattlichen Geständnis erklärt Arnold Beverly: „Ich wurde zusammen mit einem anderen Mann beauftragt und bezahlt, Faulkner zu erschießen. Ich hatte gehört, Faulkner sei ein Problem für die Unterwelt und korrupte Polizisten, weil er dem Fluss von Schmier- und Bestechungsgeldern im Wege stand...“. In einer Anhörung am 17. August – zu der Mumia nicht zugelassen wurde – hatte Richterin Pamela Dembe das als nicht verwertbar abgelehnt. Die Begründung: Beweise müssen innerhalb einer Frist von 60 Tagen nach ihrem Bekanntwerden dem Gericht vorliegen. Jetzt legte die Richterin noch einmal nach: Es sei nicht ungewöhnlich, daß sich Jahre nach Abschluss eines Verfahrens irgendwelche Leute mit Falschaussagen wichtig machen.

Im Klartext heisst das: Mord kann nicht verjähren, aber ein Mordgeständnis kann verjähren. Pamela Dembe wischt so mit ignoranter Hand vom Tisch, was internationale Juristen, Politiker und eine breite Unterstützerbewegung seit Monaten in Petitionen fordern: Daß dieses Geständnis und die weiteren Entlastungsbeweise in einer öffentlichen Anhörung verhandelt werden müssen, an der auch internationale Beobachter teilnehmen können.

Die Hoffnungen Mumias ruhen nun auf dem Antrag auf ein neues Verfahren. Bundesrichter Yohn wird in der Folge des Tag X, dem Tag der ersten öffentlichen Anhörung und gleichzeitig Mumias erstem öffentlichen Auftritt seit 1996, darüber entscheiden, ob Mumia ein neues Verfahren bekommt, oder ob er unschuldig sterben wird. Dieser Mann lässt Mumia, sowie alle seine Unterstützer seit mehr als 2 Jahren auf diesen Tag warten – in der Hoffnung, daß die Solidaritätskampagne für Mumia einschläft. Mitte 2000 lehnte er die amicus briefs

(Petitionen von Amnesty International, Human Rights Watch, Mitgliedern des britischen Parlaments und afroamerikanischen Anwaltsverbänden) mit der Begründung, sie könnten nichts zum Fall beitragen, ab. Diesem Mann ist also definitiv nicht zu trauen.

Die Kampagne konzentriert sich aufgrund der aktuellen Geschehnisse neben Tag X nun vor allem auf den 8. Dezember. An diesem Tag wird Mumia seit 20 Jahren unschuldig im Todesknast eingesperrt sein. Gerade in dieser Zeit, wo in den USA eine

Lynch-Mob Atmosphäre herrscht, ist es besonders wichtig für Mumia ein Zeichen zu setzen. Deswegen: Schliesst euch den Demonstrationen und Veranstaltungen in euren Städten an, oder macht selbst welche. Schreibt Artikel für die regionalen Zeitungen, haltet Referate, klebt Plakate, verteilt Flugblätter. 20 gestohlene Jahre sind ein Grund dafür...

www.mumia.de

**STOPPT DIE HINRICHTUNG VON MUMIA ABU-JAMAL
FÜR EINEN NEUEN FAIREN PROZESS
ALLE BEWEISE MÜSSEN ZUGELASSEN WERDEN FREIHEIT FÜR MUMIA**

SCHÜLER AKTIV FÜR MUMIA – Hamburg

Von Castoren und strahlenden Siegern...

"Wir werden reagieren" verkündeten Polizei und BGS in einer Zeitungsanzeige. Anlass: von der Polizei als "kriminell" eingestufte Aktionen gegen den Atommülltransport nach Gorleben. Dabei hat selbige Polizei noch kurz zuvor von einem störungsfreien Ablauf geredet. Teilweise werden Stimmen laut, die voreilig das Ende der

Anti-Atom-Bewegung verkünden wollen. Ihnen allen die solche Sachen erzählen ist eins gemeinsam: sie waren größtenteils nicht dabei, und wenn dann in der Uniform der Besatzer...

Sicherlich, es waren diesmal wohl keine 15.000 AtomgegnerInnen da. Das ist zwar schade, aber nicht unbedingt der Schwäche der Bewegung zu verdanken. Fanatiker wie Schily, Bin Laden und Bush, die Hetze um die Innere

Sicherheit, Globalisierung, der Krieg in Afghanistan nicht zuletzt aber auch eiskalte Novembernächte haben vielleicht den einen oder andern, der noch im Frühling dabei war, dazu bewogen, diesmal zuhause zu bleiben.

Doch wollen wir mal nicht dramatisieren. Fakt ist, die Anti-Atom-Bewegung ist da, aktiv, und erfolgreich. Die Ausweitung des Widerstandes auf die Grenze, auf Frankreich, auf die Transporte nicht nur Richtung Gorleben sondern auch auf diejenigen Richtung La Hague; dies sind zwar keine so medienwirksame zentrale Massenaktionen wie "früher", aber sie bereiten der Atommafia Probleme, die weit über ein dreitägiges Spektakel im Wendland hinausgehen.

So gut wie jeder Transport der dieses Jahr aus Deutschland nach Frankreich gefahren ist, wurde erfolgreich blockiert, oft sogar mehrmals. Selbst um einen einzelnen Behälter aus Hessen nach La Hague zu bringen, waren im Sommer tausende PolizistInnen nötig, die aber nicht verhindern konnten daß der Transport von einer internationalen Gruppe blockiert wurde. Und jeder, der dieser Tage im Wendland war, konnte sich davon überzeugen, daß der Widerstand dort oben ungebrochen ist. Der nach wie vor fest in der Bevölkerung verwurzelte Widerstand, die Solidarität und die Tradition von über 20 Jahren Kampf für Leben und Freiheit können dort auch nicht von zehntausend PolizistInnen gebrochen werden. Denn auch für diesen angeblich reibungslosen Transport waren etwa 18.000 Polizisten, 50 Hubschrauber und eine

allgemeine Außerkraftsetzung jeglicher verbliebener "demokratischen" Rechte nötig. So wurde jeder Versuch ein Camp zu errichten von der Polizei sofort unterdrückt. Ein allgemeines Demonstrationsverbot, zahlreiche aufgelöste Versammlungen, und ein absolut willkürliches Auftreten der Polizei, die sich in bester Besatzermanier gebärdete und versuchte mit Hunden, Tränengas und Knüppeln jeden Widerstand im Keim zu ersticken. Dabei kam es zu 780 "Ingewahrsamnahmen" und 460 Platzverweisen. So sieht also ein "reibungloser" Transport ohne "nennenswerten Widerstand" aus....

Der neue Paragraf 129b

Entstehung, Inhalt und praktische Bedeutung für politisch Aktive

Von Rechtsanwalt Heinz-Jürgen Schneider (Hamburg)

In diesem Text geht es um den § 129b, der neu in das Strafgesetzbuch (StGB) eingefügt werden soll und die Gründung, Mitgliedschaft, das Unterstützen oder Werben für eine kriminelle oder terroristische Vereinigung die nur im Ausland besteht in der BRD unter Strafe stellt.

Die neue Vorschrift besteht nur aus einem einzigen Satz: "Die §§ 129 und 129a gelten auch für Vereinigungen im Ausland". § 129 handelt von kriminellen und § 129a von terroristischen Vereinigungen.

Es wird kurz auf den aktuellen Hintergrund eingegangen (1.) und etwas zur Geschichte ähnlicher Vorschriften im politischen Strafrecht in Deutschland berichtet (2.). Ausführlicher werden dann Erfahrungen mit den seit langem bestehenden Paragrafen 129a und 129 StGB analysiert (3.) und die neue Vorschrift und ihre möglichen Auswirkungen beschrieben (4.).

1. Ein Gesetzesprojekt in Zeiten des Terrorismus

Die Terroranschläge in den USA waren nicht die Ursache, sondern nur der Anlass für diese Gesetzesänderung. Ein entsprechender Vor-Entwurf lag bereits seit 1999 beim Bundesjustizministerium vor, die Initiative stammt aus dem Jahre 1998 vom Rat der Innen- und Justizminister der EU, der in seinem Bereich für alle Mitgliedsländer eine entsprechende Gesetzesnorm schaffen will. Das die Bundesregierung bereits neun Tage nach dem 11.September den Gesetzentwurf mit dem Hinweis "eilbedürftige Vorlage" bei den Gesetzgebungsorganen eingereicht hat, zeigt nur das Ausnutzen der Anti-Terrorismus-Stimmung.

Dies gilt auch für die zahlreichen praktischen Maßnahmen, Gesetzespakete und politischen Diskussionen, die von der Rasterfahndung über Verschärfungen des Ausländerrecht, erhebliche finanziellen Aufstockungen der Etats der Sicherheitsorgane bis zum geforderten Binneneinsatz der Bundeswehr und mehr reichen.

Bei diesen Anti-Terror-Maßnahmen- die es ähnlich auch in anderen Ländern gibt - zeigen sich folgende Tendenzen:

- Unter der sachlich falschen Losung für Sicherheit zu sorgen, werden Verfassungsrechte eingeschränkt.

- Die jetzt erfolgten Gesetzesverschärfungen und Ausweitungen der Rechte von Polizei und Nachrichtendiensten sollen auf unbestimmte Dauer der Normalzustand werden.
 - Rechtsstaatliche Grundprinzipien wie das Datenschutzgrundrecht auf informationelle Selbstbestimmung und die Trennungspflicht der Arbeit von Polizei und Geheimdiensten werden stark eingeschränkt oder faktisch aufgehoben.
 - Modernste wissenschaftlich-technische Möglichkeiten wie Datenabgleich, satellitengestützte Fahndung, molekulargenetische Zuordnung von Körperzellen, computer- und videogestützte Überwachung von Orten und Kommunikationsmitteln oder biometrische Daten auf Ausweisen werden nutzbar gemacht.
 - Sicherheitsdoktrin und Terrorismushysterie sollen ein gesellschaftliches Klima für Ängstlichkeit, Zustimmung zu Steuererhöhungen für die "Sicherheit", Verzicht bei politischen Engagement oder Tarifforderungen, bis zu Rassismus gegenüber Menschen mit anderem Pass und Religion schaffen.
- Der § 129b ist in dieser Gesamtstrategie nur ein - nicht unwesentlicher, aber auch nicht im Zentrum stehender - Teil.

2. §§ 129, 129a und Vorläufer in der Geschichte politischer Justiz in Deutschland

Eine Strafvorschrift mit der Zielrichtung wie der jetzige § 129b hat es im politischen Strafrecht in Deutschland noch nicht gegeben. 180 Jahre alt sind aber die auch mit dem Mittel des Strafrechts betriebenen Verbote, Kriminalisierungen und politischen Prozesse gegen Systemoppositionelle. 1822 wurden erstmals Vereinigungen wegen "revolutionärer Umtriebe und demagogischer Verbindungen" verboten und ihre Mitglieder verfolgt. Ähnliches gab es rund um die bürgerliche Revolution von 1848, die eine demokratische Republik zum Ziel hatte.

1871 schafft das Reichsstrafgesetzbuch erstmals mit dem § 128 das "Verbot von Geheimgesellschaften" und mit dem § 129 eine Vorschrift gegen staatsfeindliche Vereinigungen. Stütze der politischen Verfolgung im Kaiserdeutschland ist das "Sozialistengesetz" von 1878 bis 1890, das der Bekämpfung und Illegalisierung der damals revolutionären Sozialdemokratie dient. Schon der Versuch, die Organisation der SPD aufrechtzuerhalten, war nach § 129 strafbar.

In der Weimarer Republik wurde die staatliche Verfassung mit als Schutzgut in den § 129 aufgenommen. Grundlage der Verfolgung gegen Kommunisten und andere Linke waren auch das Republikenschutzgesetz und eine ausufernde Rechtsprechung, die sehr weitgehend Aktivitäten von politischen Aktionen bis zum Verkauf sozialistischer Literatur als "Vorbereitung zum Hochverrat" kriminalisierte.

In den 50er und bis Mitte der 60er Jahren spielte der § 129 - jetzt erstmals unter der Gesetzesüberschrift "kriminelle Vereinigung" - als Auffangtatbestand eine wichtige Rolle im Rahmen der Kommunistenverfolgung besonders nach dem KPD-Verbot 1956. 1951 wurde - neben der Mitgliedschaft - das Unterstützen einer "kriminellen politischen Vereinigung" unter Strafe gestellt, 1964 auch das Werben dafür.

Das es in Deutschland auch ohne einen § 129b eine Kriminalisierung von internationaler Solidarität gegeben hat, mögen noch drei Beispiele verdeutlichen.

1872 verurteilte das Reichsgericht die SPD-Führer August Bebel und Wilhelm Liebknecht zu Festungshaft, weil sie den Krieg gegen Frankreich verurteilt und öffentlich im Parlament zur Solidarität mit der Pariser Kommune aufgerufen hatten.

1904 standen neun Sozialdemokraten vor Gericht in Königsberg. Ihre Tat: Sie hatten in Deutschland gedruckte russischsprachige Zeitungen, Flugblätter und Broschüren illegal ins benachbarte Russland gebracht, um im Kampf gegen das Zarenregime zu helfen.

1925 verurteilte der Staatsgerichtshof einen Schauspieler zu einer Haftstrafe, weil er eine Gedenkfeier zum 7. Jahrestag der russischen Oktoberrevolution künstlerisch gestaltet und dort Gedichte vorgetragen hatte.

3. Erfahrungen mit den §§ 129a, 129 von 1976 bis heute

Der § 129 spielte in den 70er Jahren noch eine untergeordnete Rolle bei der Bekämpfung der RAF, bis 1976 mit dem § 129a eine neue und die heute wichtigste Norm des politischen Strafrechts geschaffen wurde. Der § 129a wird 1987 noch einmal erweitert und hat seither die gültige Fassung.

Die Erfahrungen mit dem § 129a - besonders in den letzten 10 Jahren – sollen jetzt näher analysiert werden. Der Grund ist die Annahme, daß der neue § 129b nicht nur auf § 129a im Text verweist, sondern auch die zukünftige Praxis von Polizei und Justiz sich an der älteren Vorschrift orientieren wird.

Die folgenden Fragen werden nach dem Gesetzeswortlaut, der Auslegung durch die Strafrechtswissenschaft und Gerichtsurteilen beantwortet. Widergespiegelt wird also nicht eine Kritik am § 129a, sondern die Praxis, die er möglich macht.

Was wird nach § 129a bestraft? Die Gründung, Rädelsführerschaft, Mitgliedschaft, das Unterstützen oder Werben für eine terroristische Vereinigung. Juristisch bedeutet das: Gründung ist die Neubildung einer Vereinigung, Rädelsführerschaft ist eine Führungsrolle in einer solchen Gruppe. Mitgliedschaft muss auf eine bestimmte Dauer gerichtet sein, von der Organisation auch gewollt werden und sich in einer Form von Aktivität

ausdrücken. Unterstützen soll vorliegen, wenn eine Handlung für die Vereinigung irgendwie vorteilhaft ist und die Mitglieder im Zusammenwirken bestärkt. Als Werben wird eine offene oder verdeckte Propagandatätigkeit verstanden.

Was ist nach § 129a eine terroristische Vereinigung? Eine Vereinigung ist nach der Rechtsprechung ein auf eine gewisse Dauer angelegter Zusammenschluss von mindestens drei Personen. Zweck oder Tätigkeit dieser Vereinigung muss auf die Begehung einer der folgenden Straftaten gerichtet sein:

Mord, Totschlag oder Völkermord.

Erpresserischer Menschenraub und Geiselnahme.

Zerstörung wichtiger Arbeitsmittel öffentlicher Versorgungsbetriebe sowie von Polizei- und Bundeswehrfahrzeugen.

Schwere Brandstiftung, Herbeiführung von Atomexplosionen oder Sprengstoffanschläge, Missbrauch ionisierender Strahlen.

Herbeiführung einer Überschwemmung, gefährliche Eingriffe in den Bahn- Schiffs- und Luftverkehr.

Störung öffentlicher Betriebe.

Angriffe auf den Luft- und Seeverkehr/Flugzeugentführungen.

Welches Sonderrechtssystem wurde mit dem § 129a geschaffen? Nach den gesetzlichen Bestimmungen liegt die staatsanwaltschaftliche Zuständigkeit ausschließlich beim Generalbundesanwalt, Ermittlungsorgan ist das Bundeskriminalamt und gerichtlich sind die Staatsschutzsenate der Oberlandesgerichte zuständig.

Nach der Strafprozessordnung besteht bei Ermittlungen nach § 129a die Möglichkeit zu großflächiger Telefonüberwachung, zu Großrazzien in Wohnblocks, zur Errichtung von Kontrollstellen im Straßenverkehr und auf öffentlichen Plätzen mit der Möglichkeit zur Identitätsfeststellung und Durchsuchung auch bei Unverdächtigten sowie zur Anordnung der sog. Schleppnetzfehndung mit der Möglichkeit zur Massenspeicherung von Daten und zur Rasterfehndung.

Bei Vorliegen eines dringenden Tatverdachts wegen § 129a darf die Untersuchungshaft verhängt werden, auch wenn ein Haftgrund wie Fluchtgefahr gar nicht vorliegt. Für Untersuchungs- und Strafhaft gelten Sonderbedingungen wie die richterliche Kontrolle der Verteidigerpost, eine Trennscheibe bei Anwaltsbesuchen oder Isolationshaft.

Welchen Umfang hatten die Ermittlungen nach § 129a? Seit 1976 wurde gegen mehrere tausend Personen ermittelt. Exakte Zahlen gibt es für 1990 bis 1999. In dieser Zeit liefen Verfahren gegen 1362 Menschen (teilweise mehrfach).

In einer großen Anzahl der Verfahren erfolgten die Ermittlungen "nur" wegen Unterstützung oder Werben. In den 90er Jahren standen der Anzahl von 1362 Personen, gegen die ermittelt wurde, 38 Verurteilte gegenüber. Das Verhältnis von später eingestelltem Ermittlungsverfahren zur Verurteilung wegen § 129a lag also bei 97 zu 3 Prozent. (Zum Vergleich: Üblich ist eine "Anklagequote" von rund 45 Prozent)

Eine etwas höhere Quote ergibt sich bei der Verhängung von Untersuchungshaft. Nach Zahlen der Bundesregierung aus einer Parlamentsanfrage ergeben sich bei 428 Personen gegen die von 1996 bis 2000 ermittelt wurde, 35 Fälle von U-Haft. Ohne Haft blieben also rund 90 Prozent der Beschuldigten.

Dieselbe Parlamentsanfrage belegt, daß alle Verfahren mit Hausdurchsuchungen und Telefonüberwachungsmaßnahmen verbunden waren; in sehr geringem Umfang sind Kronzeugen aufgetreten.

Der § 129a als Ausforschungparagraf:

Diese kleinen statistischen Angaben stützen die These vom § 129a als Ausforschungparagrafen, als "Sesam-öffne-dich" für den Staatsschutz.

Rolf Gössner hat dies in einer kritischen Analyse so zusammengefasst: "Für die Ermittler ist es...weniger entscheidend, ob das jeweilige Verfahren überhaupt gerichtlich eröffnet wird und dann auch mit einer Verurteilung endet; von wesentlich größerer Bedeutung ist für sie das Ermitteln selbst. Mit dem über § 129a als Kristallisationskern aktivierten, komplexen Sonderrechtssystem verfügen sie über ein praktikableres Instrumentarium, um in die anvisierten, schwer erfassbaren Szenen einzubrechen, über den Einzelfall hinaus Kommunikationsstrukturen knacken, Daten erheben und Soziogramme des Widerstands erstellen zu können, die nicht nur repressiv, sondern vor allem präventiv und operativ genutzt werden können.

Verunsicherung der Szene, Entsolidarisierung und Abschreckung sind zwangsläufige Folgeerscheinungen dieser Kriminalisierungsstrategie per 129a-Sonderrecht".

Praktische Erfahrungen mit den Folgen solche Ermittlungsverfahren zeigen:
Durchsuchungen führen zu mitunter langfristigen Wegnahme von Unterlagen, Disketten, Verzeichnissen, kleinen Archiven etc., behindern die politische Arbeit und bieten weitere personenbezogene Ermittlungsansätze.
Observationen - verdeckt oder gewollt offen - ermöglichen Bewegungsbilder und Kontaktprofile.
Kommunikationsüberwachung (nicht nur des Telefons und auch bei Unbeteiligten z.B. Eltern oder in politischen Zentren) ermöglicht einen tiefen Einblick in Zusammenhänge.
Politische Arbeit wird behindert oder unmöglich gemacht durch Verunsicherung, ein erzwungenes stärkeres Gewicht auf Antirepressionsarbeit oder die mediengestützte Diffamierung als "Terroristen".

Erfahrungen mit dem § 129

In der untersuchten Zeit hat es auch Ermittlungsverfahren wegen § 129 ("kriminelle Vereinigung") gegeben. Sie richteten sich etwa gegen die Göttinger Antifa (m), die Passauer Antifa oder Gruppen aus der Anti-Castor-Bewegung. Zahlenmäßig sind diese Verfahren aber bedeutend geringer. Die praktischen Erfahrungen und Schlussfolgerungen sind denen des § 129a vergleichbar.

4. Der neue § 129b

Absolut zutreffende Aussagen zu den tatsächlichen Auswirkungen des § 129b werden erst mit einigem zeitlichen Abstand nach seinem Inkrafttreten getroffen werden können. Wichtig ist jetzt, ein realistisches Bild zu vermitteln. Ich unterscheide deshalb im weiteren Text nach sicheren Angaben, einer Prognose (und worauf sie beruht) und ersten Einschätzungen zu Einzelfragen.

In Medien und im Internet finden sich teilweise recht "reißerisch" aufgemachte Beiträge. Wer Szenarien entwirft wie: Jemand geht mit einer Che-Fahne auf eine Demo und wird wegen 129b verhaftet, schreibt Unsinn und erzeugt Unsicherheit. Die weitere Entwicklung hängt auch von Dingen ab wie: Dem Protest gegen diese und andere Vorschriften aus den Anti-Terror-Paketen; der Solidarität im Einzelfall; der gerichtlichen Rechtsprechung; der Schwerpunktsetzung in den Staatsschutzapparaten oder den außenpolitischen Belangen der BRD.

Welche sicheren Aussagen können getroffen werden?

Von Ermittlungsverfahren wegen § 129b betroffen sein können alle Personen über 14 Jahren (dann beginnt die Strafmündigkeit), die in der BRD leben. Dabei ist es egal, ob mit deutschem Pass, EU-AusländerIn, politischer Flüchtling, MigrantIn mit legalem Aufenthaltsstatus oder hier illegal lebend.

Der Begriff Ausland im Gesetzestext ist ohne Begrenzung zu verstehen, es können also Vereinigung aus jedem anderen Land oder Kontinent gemeint sein. Dies ergibt sich aus dem Wortlaut des Paragraphen. Eine ursprünglich geplante Beschränkung auf den EU-Raum ist nach den Gesetzgebungsmaterialien wegen der Anschläge in den USA nicht mehr erfolgt. Für neue Ermittlungsverfahren besteht ein Rückwirkungsverbot. Irgendwelche Handlungen, die vor dem Inkrafttreten des Gesetzes erfolgt sind, können nicht die Begründung für ein Strafverfahren bilden.

Prognose für die Praxis des § 129b

Der Paragraf ist zwar neu, er wird aber keine neue Praxis schaffen, sondern den Erfahrungen mit dem § 129a entsprechen. Schon von seinem kurzen Wortlaut her ist § 129b gar nicht eigenständig in der Lage eine Strafe zu begründen, es muss immer mit auf § 129a, seltener auf § 129, verwiesen werden. Die Zielrichtung besteht darin, in der BRD erfolgende Mitgliedschaft, Unterstützung und Werbung für als terroristisch angesehene Organisationen außerhalb des Landes zu kriminalisieren. Das ist der einzige Regelungszweck des § 129b. Ansonsten bleibt es von der Definition, was eine solche Vereinigung ist, bis zum Ermittlungsapparat alles beim alten. Aus dieser Prognose ergeben sich - ohne über die Anzahl neuer Verfahren zu spekulieren - folgende Konsequenzen:

Im Mittelpunkt steht die Ausforschung politischer Gruppen und Milieus. Rund 95 Prozent der Verfahren enden ohne Verurteilung, über 90 Prozent ohne Untersuchungshaft. Schwerpunkt der Verfahren sind die Vorwürfe Unterstützen oder Werben. Ermittlungsorgane sind die Bundesanwaltschaft und das Bundeskriminalamt.

Einschätzungen zu Einzelfragen des § 129b

Abschließend sollen noch einige Fragen erörtert werden, auch wenn auf sie (noch) nicht eine endgültige Antwort gegeben werden kann.

Generell gilt: Internationale politische Solidaritätsarbeit war und bleibt wichtig, der weltweite Kampf für Menschenrechte und Gerechtigkeit, gegen Diktaturen und Unterdrückung ist legitim und lässt sich nicht verbieten. Fidel und Che, Mandela, Arafat und Öcalan, SandinistInnen und ZapatistInnen sind vor der Geschichte keine TerroristInnen - auch wenn die Regierungen, gegen die sich ihr teilweise auch militanter Kampf richtete, dies behaupteten.

Zu raten ist also ein sowohl selbstbewusstes als auch sicheres Umgehen mit dem § 129b.

Welche Vereinigungen sind betroffen? Diese Frage ist nicht zu beantworten. Möglicherweise geht es zunächst gegen islamistische Strukturen, gemeint sind aber linke Vereinigungen, deren Landsleute im politischen Exil und deutsche Solidaritätsbewegungen. Albanische UCK-TerroristInnen und andere, die im Einklang mit der deutsche Außenpolitik stehen, werden nichts zu fürchten haben. Das Aufstellen von Listen kann man aber den deutschen Verfassungsschutzberichten überlassen.

Unterstützen und Werben

Einige Gerichtsentscheidungen was nicht kriminalisiert, sondern als legales Verhalten gewertet wird (natürlich kommt es immer auf den Einzelfall an):

Sympathiewerbung durch Parolensprühen, Herausgabe einer Dokumentation von Beiträgen der Organisation, Besitz von zur Werbung geeignetem Material, bloßer Hinweis auf die Organisation auf einem Plakat, bloßer Besitz von Broschüren. Zu beachten ist auch, daß viele Solidaritätsaktionen wie Kundgebungen, Artikel oder Internetseiten in der BRD geschützte Grundrechtswahrnehmungen sind.

Spendengelder. Die Unterbindung der "finanziellen Strukturen des Terrorismus" hat in der aktuellen Diskussion eine beachtliche Rolle gespielt. Solidaritätsspenden stehen

dabei – auch von den Beträgen her - sicher nicht im Vordergrund. Lockerung des Bankgeheimnisses und verstärkte Meldepflichten der Banken ermöglichen aber ebenso wie die Beschlagnahme von Geld bei einer Wohnungsdurchsuchung oder die Kontrolle des internationalen Zahlungsverkehrs einen staatlichen Zugriff. Die gerichtliche Rückgabe des Geldes durchzusetzen, kann schwierig sein, weil seine Herkunft offengelegt werden muss.

Ausländerrechtliche Konsequenzen sind auf verschiedenen Ebenen geplant, ohne auf den § 129b Bezug zu nehmen. Dies geht von Einreiseverboten mittels Visaverweigerung bei "Extremismusverdacht" bis zur Abschiebungsandrohung ohne rechtskräftiges Urteil bei "schweren Straftaten".

Internationale Zusammenarbeit von Polizei und Geheimdiensten. Für EU-Europa (woher die Initiative für den § 129b ja gekommen ist) gehört zu dem eigenen Anti-Terror-Paket auch die Schaffung einer Terrorabteilung bei EUROPOL und eines europäischen Haftbefehls, einer erleichterten Auslieferungspraxis und eine verstärkten Kooperation gegen terroristische Bestrebungen. Ein verstärkter Informations- und Datenaustausch von Deutschland mit Sicherheitsorganen außereuropäischer Länder ist zu erwarten – unabhängig von deren rechtsstaatlicher Grundlage.

Stand: 19.11.2001 / Mit der Verabschiedung des § 129b wird noch in diesem Jahr gerechnet

Verwendete Literatur

J. Grässle-Münsche, Kriminelle Vereinigung, Hamburg 1991

R. Gössner, Politische Justiz im präventiven Sicherheitsstaat, Hamburg 1991

M. Holzberger, §129b-Steilvorlage aus Europa, CILIP 2/2000

U. Jelpke, Freiheit verteidigen, Aktuelle Thesen, Manuskript 8.10.2001

H.J.Schneider, Innere Sicherheit am Beginn des 21.Jahrhunderts, Marx. Blätter 3/2000

Schönke/Schröder, Strafgesetzbuch, 26.Aufl. München 2001

Bundestags-Drucksache 14/00 (PDS-Antrag auf Abschaffung des § 129a)

Bundesrats-Drucksache 725/01 (Gesetzentwurf der Bundesregierung zum § 129b)

Bundestags-Drucksache 14/2860 (PDS-Anfrage zur Praxis des § 129a)

EU-Kommission, Vorschlag zum Rahmenbeschluss des Rates zur Terrorismusbekämpfung vom 19.9.2001

Mehr zur Kritik der Inneren Sicherheit www.tribunal-online.de

Kontakt zum Autor: Rechtsanwalt-Schneider@gmx.de oder Tel/Fax 040-8513116

Einladung zur Crossover Conference des Antiracist Antisexist Summer Camp Project 17.-20. Januar 2002, Bremen

Intro:

Wir gehen davon aus, daß sämtliche Macht- und Herrschaftsverhältnisse aufs engste miteinander verzahnt sind. Deshalb machen wir u.a. Nation, Patriarchat, Kapitalismus, Heterosexismus, Antisemitismus und Rassismus in ihren Verschränkungen zum Thema.

Es geht uns dabei darum, neue Widerstandsperspektiven zu eröffnen. Wir wollen uns auf dem Treffen mit Herstellungsprozessen verschiedener Dimensionen von Identität (z.B. Geschlecht, Ethnizität, Klasse) beschäftigen. Was haben diese mit Macht, Herrschaft und Widerstand zu tun? Dieser und vielen anderen Fragen wollen wir in workshops nachgehen. In einigen workshops wird hauptsächlich geredet, in anderen performt, geübt...

Ziel des Treffens ist, Leute aus unterschiedlichen politischen Richtungen zusammenzubringen, Schnittstellen zu finden, neue Bündnisse zu schaffen, an Interventionsformen zu arbeiten und damit neue Impulse für eine radikale, emanzipatorische, libertäre, linke...politische Praxis zu geben.

Ihr seid herzlich eingeladen !

Antiracist Antisexist Summer Camp Project

Workshops:

Zweigeschlechtlichkeit, sexuelle Gewalt, Militär und Krieg.
Perspektiven eines antipatriarchalen Antikriegswiderstands.
Mit Samira Fansa, Berlin.

Innere Sicherheit, Ethnisierung und Kriminalisierung. Rassistische Mobilisierung nach dem 11. September 2001.
Mit Hito Steyerl, Berlin.

Das Gestohlene stehlen.
Ein Aktionsworkshop über die Wiederaneignung des weiblichen Körpers.
Mit den Siostry Frankenstein, Warschau

Kinderspiele.
Und raus bist du. Ein Workshop über Ausschlüsse.
Mit den Siostry Frankenstein, Warschau.

Radical Cheerleading, Pink Silver, Konfrontation – Chancen und Grenzen.
Ein Aktionsworkshop mit den emancypunx, Warschau und N.N., Bremen.

Eine neue Sicht auf Prostitution, Frauenhandel und Gesellschaft.
Mit Ewa Majewska und Joanna Garnier von La Strada, Warschau.

Geschlecht schlägt Klasse. Oder: Im Bordell sind alle Männer gleich.
Workshop zu Prostitutionskunden.
Mit Crazy Horse, Bremen.

Postmoderne, Bildungsbürgerlichkeit und Klassenherkunft.
Mit Erich Landrocker, Münster.

Schwul oder queer oder was? Fragen aus dem Homoland.

Ein 10 Jahre altes Projekt stellt sich vor.

Differenzen in Sexualitäten und Männlichkeiten.
Mit der AG Sexualitäten und Männlichkeiten, Berlin.

Was ist normal?
Der Körper im Diskurs um Behinderung und Normalisierung.
Mit Anja Tervooren, Berlin und Rebecca Maskos, Bremen.

Patriarchat und Antisemitismus – Suchbewegungen.
Mit Tanja Berg, Berlin und Gregor Samsa, Bremen.

Wechselnde Perspektiven.
Debatten um Identität und Differenz: Folgen für
feministisch-antirassistische Handlungsfähigkeit.
Mit Anette Dietrich, Andrea Nachtigall und Ronja Eberle, Berlin.

Grenzüberschreitungen und kulturelle Mischformen als antirassistischer
Widerstand?
Mit Umut Erel, Hamburg.

Postkoloniale Kritik und Queer Politics. Zu Grenzregimes, Subalternität und
Widerstand.
Mit Encarnacion Gutierrez Rodrigüz, Hamburg.

Reproduktionskonten-Onlinebanking: Sexualität, greencard und die Liebe zur Arbeit.
Mit Renate Lorenz, Pauline Boudry und Brigitta Kuster, Berlin.

Unternimm dich selbst. Gouvernementalität sexueller und gender-Dis-
/Identifikationen.
Mit Katharina Pühl & Queer N.N., Frankfurt/Main.

Subjektivität im Neoliberalismus.
Szenen aus dem Film 'Billy Elliot' als Einstieg zur Diskussion über eine neue Form des
Kapitalismus und deren Auswirkungen auf das eigene Leben.
Mit Nancy Wagenknecht, Berlin.

Das strategische Schweigen – GeschlechterVerhältnisse der Globalisierung.
Mit Ariane Brensell, Berlin.

Frauen, Flucht und Migration.
Mit N.N.

Filme:
Once were Warriors.
High Art.
La difference.

The Battle of Tuntenhaus.
No Border No Nation.
Die letzten Männer.
Digo? Soll ich's sagen?
Unsichtbare Hausarbeiterinnen.
Wir sind schon da!
Performing the Border.
Zwitterterrorisiert.

Ausstellung: "Bilder aus dem Transitberich"

Informationen zum Programm der Eröffnungsgala und Updates zum Workshop- und Filmprogramm gibt es auf unserer website www.summercamp.squat.net.

Die Abgeschobenen des G8 können feiern

Die Abschiebungen von 40 No-Global durch das Gericht aufgehoben, der Präfekt von Genua verurteilt, die Kosten zu tragen: "Aus diesen Gründen werden die am 21. Juli 2001 angewandten Maßnahmen des Präfekten von Genua für ungesetzlich erklärt (...) und die Präfektur dazu verurteilt, die Kosten des Prozesses zu tragen." So endet mit der Unterschrift des Richters Di Gregorio der Urteilsspruch, der die Ausweisung einer Deutschen als ungesetzlich erklärt und darüber hinaus die Präfektur zwingt, ihren Geldbeutel zu öffnen und die Gerichtskosten zu tragen. Gleich ihr, der einzige Unterschied besteht im Namen, gibt es weitere vierzig, denen das Urteil gestern ebenfalls galt, die während des G8-Gipfels festgenommen wurden. Der größte Teil von ihnen gehörte zu der Gruppe der Verhafteten während des Blitzüberfalls auf die Schule Diaz.

Insgesamt also eine schöne Nachricht für die RechtsvertreterInnen des Genua Social Forums, die ihre Klage gegen die Abschiebungen in Genua bestätigt sahen. Diese Maßnahmen der Präfektur, bestätigte der Richter, waren ungesetzlich.

Wir erinnern, daß alle ausländischen BürgerInnen, die während der Demonstrationen gegen den G8 Gipfels festgenommen wurden, ohne Ausnahme von der Abschiebungsverfügung getroffen wurden und ihnen für 5 Jahre verboten wurde, nach Italien einzureisen. Dies war möglich, indem die voraussichtliche Gewalttätigkeit der TeilnehmerInnen beschworen wurde und indem man sich auf verschiedene Gesetze in einem zusammengeschusterten, für diesen Anlass erstellten Dokument berief. Der Urteilsspruch aber erinnert an den Vertrag der Europäischen Union, der jedem ihrer BürgerIn das Recht auf freien Aufenthalt und Reisefreiheit innerhalb ihrer Grenzen garantiert und welcher die Möglichkeit vorsieht vor den nationalen Gerichten, diesen europäischen Vertrag zum Schutz der eigenen Rechte geltend zu machen. Es ist danach möglich, ein ordentliches Gericht anzurufen, im Falle, daß der Staat einer administrativen Behörde (im Falle Genua der Präfekt) das Recht auf Ausweisung einräumt.

Hier bestand der erste Fehlgriff der Präfektur, die in ihren Rechtshilfebelehrungen das Verwaltungsgericht als gerichtliche Beschwerdeinstanz angab. Es scheint eine Kleinigkeit, die nicht von Bedeutung ist, die jedoch unter Umständen recht negative

Auswirkungen haben kann. Die Beschwerden vor dem Verwaltungsgericht müssen innerhalb 60 Tagen eingereicht werden, die vor einem Amtsrichter innerhalb von 30 Tagen. Wenn die Rechtsvertreterinnen des GSF nicht beizeiten den Fehler in der Ausweisungsverfügung bemerkt hätten, wären wahrscheinlich viele der Beschwerden zu spät eingegangen und daher nicht akzeptiert worden. Ein kalkulierter Irrtum? Es scheint nicht so. Eher das Ergebnis von Flickwerk, um sich ein repressives Instrument zu schaffen, das den Betroffenen weder die Möglichkeit der Diskussion noch der Verteidigung erlaubt. Das Gerichtsurteil verkündet weiter, daß das Recht auf Reisefreiheit angetastet wurde, "das keine nationale Behörde beschränken kann und sich dabei der unmittelbaren Kontrolle der Gerichte zu entziehen versucht, wie das die Präfektur von Genua getan hat".

Doch es gab noch weitere Verfehlungen : Um einen EG-BürgerIn aus Gründen der öffentlichen Sicherheit auszuweisen, bedarf es der Feststellung einer Kommission beim Innenministerium, die Scajola jedoch nicht eingerichtet hat und dementsprechend auch nicht konsultierte. "Es sein denn, wenn ein Notstand vorliegt", spezifiziert das Urteil. Doch die Verfügung des Perfekten bezog sich auf keinen Notstand. Und nun? Und nun entschied der Richter, daß die angegebenen Begründungen und d.h. die einfache Tatsache der Verhaftung unhaltbar sind. Im Übrigen, wer entscheidet, daß eine Sache dringlich ist oder nicht? Darüber wollte sich das Gericht nicht äußern. So wie es sich noch nicht geäußert hat zu den Ausweisungen der etwa ein Dutzend Nicht-EG-BürgerInnen.

Insgesamt machen die von den Rechtsvertretern des GSF präsentierten Beschwerden mehr als hundert aus, doch die Ausgewiesenen, sagen die Anwälte, sind weitaus mehr. Nach diesem Urteil wäre es nicht verwunderlich, wenn nach diesem Urteil, die Präfektur einen Schritt zurück machte und die gesamten Ausweiseverfügungen widerrufen würde - wenn auch nur, um Gerichtskosten zu sparen. [II Manifesto 09/11/01 - Augusto Boschi - Genova; Übersetzung Günter Melle; gefunden auf indymedia.de]

Auszüge aus einer Pressemitteilung der nazi-onalen Jugend Jenas“

„Am Mittwoch, den 21.11.01 lehnte die Stadt Jena ... eine Unterstützung für ein von uns geplantes Jugendzentrum kategorisch ab. Man wolle kein zweites Zittau, wo der Nationale Jugendblock einen langfristigen Mietvertrag durch die Stadt bekommen hat. Man werde nichts, aber auch gar nichts tun, um einen nationalen Jugendclub entstehen zu lassen... Christian Kaiser, kündigte für den Fall der Ablehnung weitere Protestschritte an, welche nun in den nächsten Wochen und Monaten folgen werden. So wird am Sonnabend, den 12.01.02 von 14-18 Uhr eine Veranstaltung auf dem Jenaer Markt stattfinden... . Es werden an diesem ca. (rechtsextreme) 150 Jugendliche aus Jena erwartet. Die Kundgebung wird unter dem Motto stehen: " Jenas Jugend stellt sich quer - Wir machen es dem Stadtrat schwer!"

Auch wurde in den letzten Tagen der Gedanke gefaßt, einen "Nationalen Jugendblock Jena" zu gründen, welcher sich voll und ganz auf die Schaffung eines

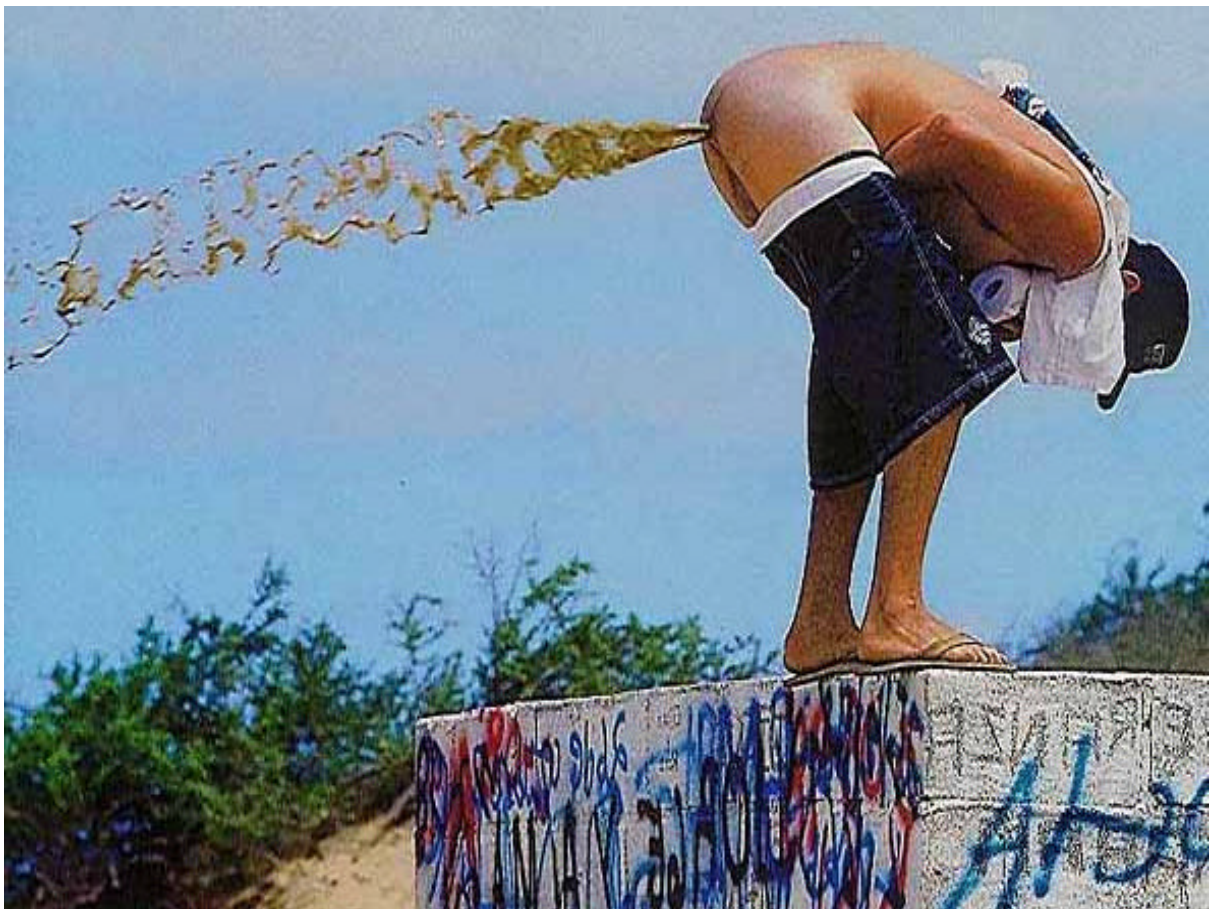
selbstverwalteten Jugendzentrums konzentriert und weitere Aktionen durchführen wird.

Kontakte zu den Kameraden aus Zittau sollen in den nächsten Tagen aufgenommen werden, um gemeinsam eine erfolgreiche Strategie für die Erreichung unseres Vorhabens zu entwerfen. Jena, den 25.11.2001“

Aufruf zu Gegenaktivitäten

Das Vorgehen der Nazis beruht sicherlich auf der (gescheiterten) Hausbesetzung in der ehemaligen Polizeiinspektion Am Steiger 1 am 15.09.2001. (Dazu im entsprechenden Beitrag mehr.)

Allerdings ist der Wusch der Nazis, die sich samt und sonders aus dem NPD-Umfeld rekrutieren, nicht neu noch ein lokaler Einzelfall. In Saalfeld, jahrelang Schwerpunkt rechtsextremer Aktivitäten, besetzten Anfang der 90er Jungnazis ein ehemaliges Fabrikgebäude, um ebenfalls ein „Nationales Jugendzentrum“ durchzusetzen. Ihr Anführer: THS-Gründer und VS-Spitzel Tino Brandt. Auch sie scheiterten letztlich. Daran anschließen sollte sich ein Erfolg unsererseits, sämtliche Aktivitäten rechter Personen und Gruppen in Jena, allgemein und speziell an diesem Tag, zu verhindern.



Nachfolgender Artikel entstammt, mal wieder, vergangenen Zeiten. Allerdings gibt es aktuelle Gründe dafür: Wenn „linke“ Jugendliche erklären, sie würden, Flugblätter vom Bund gegen Anpassung verteilen, wenn der Inhalt in Ordnung sei, so haben einige doch wohl aus der Vergangenheit gelernt. Und bevor wir alle diese wiederholen, so noch mal eine vielleicht letzte Gelegenheit, das zu verhindern.

(D. Red.)

Ein linkisches REptil

"...und gegenüber diesen opportunistischen Kakerlaken, Politik-Windsurfern, war ich doch ein wahrer Steppenwolf. " (*Franz Schönhuber, Ich war dabei, München 1981, S. 19*)

"...wir sind ... ein Bund gegen Anpassung, eine Existenzmöglichkeit für jeden, der nicht zu den Duckmäusern und Speichelleckern gehören will. " (*Die Drecksäcke und ihre Ausstreuungen, Flugblatt des "Bund gegen Anpassung", Mainz, Juli 1989*)

Wer kennt sie nicht - die notorischen Richtigsteller und obsessiven Leserbriefschreiber, die ganze Lokalblätter füllen und den Alptraum eines jeden Redakteurs ausmachen, der, seiner Arbeit zum Trotz, noch halbwegs bei Duden ist? Die Marotteure, die stets Zeit genug haben, ihren Privatkrieg mit dem Nachbarn vor den Bundesgerichtshof, die UNO oder das Russell-Tribunal zu bringen? Die Leute, die der grausige Anblick einer zu Boden fallenden Frittentüte um Recht, Anstand, Moral fürchten und nach Ordnung brüllen läßt? Und wer brächte ihnen nicht jene genervte Toleranz und das leicht gereizte Mitleid entgegen, die genauso lange reichen, wie der Rechthaber nicht auf der gleichen Etage wohnt?

Es sind dies Leute, die sich jeden Morgen aufs Neue wundern, daß alles, was tagsüber so in der Welt passiert, immer auf die Seiten einer Zeitung paßt, und die, wenn ausgerechnet ihr Leserbrief einmal nicht erscheint, auf eigene Kosten Handzettel drucken oder einen eigenen Verlag gründen - im Namen der Meinungsfreiheit, zwecks Richtigstellung auf der ganzen Linie: Pro bonum, contra malum! Unter Unübersichtlichkeit leiden sie nicht erst seit heute. Das Mensch war schon immer verderbt, der Staat gut, die Zeitungsredaktionen und andere Verschwörungen das Übel: Derlei subaltern-aufmüpfiges Gesocks fährt den Kampf gegen die "Telekratie" (Schönhuber) bis zum Endsieg: Der Ausrottung aller Journalisten, die in aller Öffentlichkeit den Ungeist von "Gewalt, Kriminalität, Sexualismus, Materialismus und Klassenkampf" (REP-Programm) pflanzen. Während der allgegenwärtige und polypenhaft-ominöse Widersacher den Krieg gegen das bonum "unter Einsatz 'revolutionärer Subjekte' außerhalb des legalen Umfeldes fährt" (REP-Programm), ist und bleibt die einzige Waffe des kleinen Mannes - der Leserbrief. Daraus mag man seine Tapferkeit ersehen: Gewaltfrei und gesetzestreu, wie er von Hause aus ist, will er mehr als die Feder nicht zücken; mannhaft und anständig nimmt er die sichere Niederlage als den Beweis hin, daß alles in ganz in der Unordnung ist. So ist die Welt eben: eine einzige "Totschweigspirale" (Schönhuber).

Was dem einen sin Uhl, ist dem anderen sin Nachtigall: Und so gibt es unter den Rechthabern naturgemäß tödlich verfeindete Fraktionen. Wo genau der Hauptfeind

lauert, jedenfalls im Dunklen, ist durchaus strittig; Auch bezüglich der Nebenwidersprüche bestehen noch Meinungsverschiedenheiten. Wenn aber der Linkshaber merkt, daß er mit der verhaßten Konkurrenz einiges gemeinsam hat - erstens die Diskriminierung durch die Lokalredaktion, zweitens und ergo das Deutschtum -, greift er zur Remington, tippt ein Angebot zur Güte, das die telekratischen Lügenbolde, was sonst, unterdrücken, und läßt es sodann aus Notwehr - denn endlich muß die Wahrheit ans Licht! - auf eigene Kosten drucken. Derlei Episteln schimpfen sich "Offener Brief"; Spendenkonto - denn die Wahrheit hat ihren Preis - siehe Impressum.

Der "Offene Brief an alle, die sich überlegen, die 'Republikaner' zu wählen" zum Beispiel, den der "Bund gegen Anpassung im März 1989 hat drucken lassen müssen, schlägt dem Gegner die gemeinsame Parole vor: "Meinungsfreiheit ohne Furcht, für alle!" Was immer sie darunter im einzelnen auch verstehen mögen - die Hingabe an "Werte wie Wahrheit, Stolz, Mut, Ehre und Verlässlichkeit", das hat man "aus Leserbriefanalysen herausgefunden", verbindet: "Gegenüber der Propagandawalze beweist er (der Leserbriefschreiber!) eine gewisse Widerstandskraft, Selbständigkeit und Mut." Es sind "anständige Menschen", die vor lauter "Rückgrat" hinter ihre gerechten Forderungen kaum noch Ausrufezeichen setzen können und die *ein* Interesse eint: Der Abscheu gegen Linke, ein "unübersichtliches Wuselvolk". das sich unter den "wirklichen Deutschen" niedergelassen hat, ihnen die letzte Tinte aus dem Füller saugt, "unsere Steuergelder" verjuxt und auf "unsere" Kosten die "wieselig-wendige Verlogenheit des rötlich-grün-feministischen Komposthaufens" aushält: Pfui Teufel über derlei "verlogene Wurmfortsätze"! Endlich müssen - wo leben wir denn! - "in Deutschland Deutsche bevorzugt werden". Und tatsächlich ist es Schönhuber, der diese Wahrheit "als einziger außer uns ausspricht."

Soviel Volksfront auf einem Haufen kann nur wurmstichig sein - richtige REPs und aufrechte REPTilien ahnen wohl insgeheim, daß keine Leserbriefspalte der Welt je breit genug sein wird, um alles richtigzustellen. Das sieht nicht nur nach Verschwörung aus - muß also mit den Juden zu tun haben. Und hier trennen sich ihre Wege: Denn die Linkshaber, deren Stammbaum "im wesentlichen auf Marx und Reich sich zurückführen lassen soll", fühlen sich ausgebootet und wännen sich ausgerechnet als diejenigen "nach dem klassischen Muster der Juden-Pogrome" verfolgt, die die Original-REPs bereits als die eigentlichen Drahtzieher von Zeitungsdictatur und "Geldaristokratie" (Schönhuber) ausgespäht haben. So wird aus der "angstfreien und geschreilosen Diskussion" wieder einmal nichts werden.

Joachim Bruhn in: Kritik & Krise - Materialien gegen Ökonomie und Politik Nr. 2/3
1990 (ça ira-Verlag Freiburg)

AHG gibt nicht mit dem RT Afghanistan-Info heraus!

Liebe Leute,

vor zwei Wochen wurde in Jena das "Afghanistan-Info" Nr. 1 verteilt. Die Antifaschistische Hochschulgruppe Jena hatte beschlossen, das Info-Blatt zusammen mit der JAPS wöchentlich herauszugeben. Wie sich im nachhinein herausstellte, wurde

die JAPS durch die Redaktion des Afghanistan-Info's nicht gefragt, ob sie als Mitherausgeberin fungieren möchte. Dies führte dazu, dass die JAPS ab Nr.2 nicht mehr als Mitherausgeberin auftrat. Daraufhin entschied die Redaktion eigenmächtig, d.h. ohne Zustimmung der AHG, den Roten Tisch als Mitherausgeber "ins Boot" zu holen. Demnach standen nun die AHG (abgemildert mit dem Vorsatz "Mitglieder aus der AHG") und der RT als Herausgeber auf dem Afghanistan-Info Nr.2 und Nr.3. Auf dem AHG-Plenum vom 11.12.2001 wurde festgestellt, dass die AHG eine gemeinsame Herausgabe des Blattes mit dem RT nicht beschlossen hat, eine Zusammenarbeit hier also nicht stattfindet. Da die Redaktion nicht bereit war, die Ausgabe Nr. 3 einzuziehen bzw. Änderungen vorzunehmen, die dem Eindruck, dass die AHG mit dem RT zusammen arbeitet, entgegenwirken, ist diese Mail zur Klarstellung notwendig. Weiter wurde beschlossen, dass das Afghanistan-Info ab Nr.4 nicht mehr von der AHG herausgegeben wird.

Antifaschistische Hochschulgruppe Jena

eine etwas längere antwort zur kurzen frage:

die diskussionen werden nicht geführt, um jemandem irgend etwas „zu lehren“... interessant ist die debatte jedoch allemal: das oben beschriebene „intermezzo“ macht deutlich, dass es schwer vereinbar ist, politische konzepte, wie die des roten tisches ostthüringens (rt) und der antifaschistischen hochschulgruppe jena (ahg) zusammenzuwürfeln. es macht ebenso deutlich, dass die schon vor längerer zeit begonnene debatte um den roten tisch nicht abgeschlossen sein kann wie das alte jahr...

die politik des rt ist in der ahg nicht unumstritten. teilweise äußert sich das in einem abgrenzungsbedürfnis, dass ich durchaus verstehe und teile. dabei geht es zum einen um die – m.e. indiskutable – zusammenarbeit/annäherung an querfront-sekten wie den „bund gegen anpassung“, die (partielle) personelle identität mit einer gruppe, die sich „revolutionär kommunistische liga in thüringen“ (rkl) nennt und in letzter zeit durch ihre penetranten entschuldigungen antisemitischer massaker in israel und ihren kruden antiimperialismus auffiel (wer jetzt schreit ich würde verkürzen, anklagen und behauptungen aufstellen soll seinen/ihren diskussionsbedarf formulieren...), die andererseits im konzept des rt selbst begründet sein könnte: in einer selbstdarstellung sieht die gruppe es als ihr primäres ziel an, eine starke linke organisation aufzubauen, da die bestehenden nicht auf der höhe ihrer aufgaben und zudem zu schwach seien. als größtes problem attestieren die rt'ler der linken ihre zersplitterung entlang irrelevanter fragen. der rt macht es sich zur aufgabe, alle, die die klassenlose gesellschaft anstreben, einer gemeinsamen praxis zuzuführen, damit daraus eine gemeinsame theorie entstünde...wichtig sei es auch, für das geschlossene aussenbild zu sorgen, denn schließlich könnte die aussenwirkung (der linken) unterm offenkundigwerden linker haarspaltereien leiden. praktischen ausdruck findet die ganze idee von der einen, großen, starken linken kraft in so genannten aktionseinheiten: aktionseinheit heisst, alle tolerieren die meinung der anderen und achten sie. wenn man sich mal einig ist, macht man eine gemeinsame aktion. entscheidungen werden weder nach dem mehrheits- noch nach dem konsensprinzip gefällt, ein vetorecht gibt es nicht, die

inhaltliche übereinstimmung ist zwar gewünscht, aber nicht bedingung einer aktionseinheit...

als wesentlichen fehler der linken betrachte ich nicht das fehlen einer mitgliederstarken organisation – vereinsmeierei, karteileichen, bürokratisierung, parteitage... hatten wir doch schon. ich bin auch keineswegs peinlich berührt, wenn differenzen innerhalb derer, die sich als links verstehen, offenkundig werden. im gegenteil: es heisst doch immer, wir brauchen mehr streit- und diskussionskultur. ich muss mich mit „meiner“ linken überhaupt nicht als unangreifbar und überlegen darstellen, vor wem auch... ich will nicht die grenze zwischen linker hier und der nach aufklärung lechzenden bevölkerung dort ziehen. den schönen schein von der unumstößlichen EINEN linken kann ich mir stecken. und wenn linke haarspaltereien beispielsweise die beschäftigung mit dem deutschen antisemitismus und dem „linken“ antisemitismus meint, wie es die auslassungen der rkl nahe legen könnten, finde ich sie keineswegs irrelevant und nachgeordnet. mit der toleranz und dem verständnis für andere positionen und dem konzept der offenen treffen ist das immer so eine sache. wer diese beliebigkeit kritisiert, wird oftmals des meinungsterrors und der zensur geziehen. vergleichbar wäre die debatte um indymedia, ein sehr guter artikel dazu z.zt. bei nadir-aktuell.

wie auch immer – das „intermezzo“ macht schließlich auch deutlich, wie eine gruppe, die sich lediglich über den bezugspunkt „hochschule“ zusammenfindet, innerhalb der nach dem tod der antifa und nach dem 11. september diskussionen geführt werden, die an den rand des möglichen gehen, mit sich streitet und dabei zwangsläufig zu einer neuausrichtung kommen muss...

(Verf. uns bekannt, aber anonymisiert)

Wenn Dummheit einen Namen trägt...

Bevor ich hier anfangen und meine teils ganz persönliche Meinung zum Redebeitrag des Roten Tisches am 2. SchülerInnenstreik wiedergebe, soll dieser natürlich selbst und in voller Länge abgedruckt werden. Selbst das Format entspricht dem des Roten Tisches.

Jetzt aber erst einmal nicht viel Spaß...

Liebe Freunde!

Viele von uns in Ostdeutschland haben ja nun das Glück gehabt, die DDR noch selbst miterlebt zu haben. In der politischen Erziehung der Kinder vom Kindergarten an spielte die Auseinandersetzung mit dem Krieg eine wichtige Rolle. Ich erinnere mich noch gut an das Gestalten von Grußkarten an das von den Yankees überfallene vietnamesische

Volk und die Wünsche, daß Vietnam sich erfolgreich verteidigen möge. Die „militaristische“ Erziehung setzte sich an der Schule fort. Hier ein Gedicht aus dem Lesebuch der allgemeinbildenden Polytechnischen Oberschule, Klasse 3:

Wilhelm Busch

Fuchs und Igel

**Ganz unverhofft an einem Hügel
Sind sich begegnet Fuchs und Igel.
„Halt!“ rief der Fuchs, „du Bösewicht,
kennst du des Königs Order nicht?
Ist nicht der Friede längst verkündigt,
und weißt du nicht, daß jeder sündigt,
der immer noch gerüstet geht?
Im Namen seiner Majestät –
geh her und übergib dein Fell!“
Der Igel sprach: „Nur nicht so schnell“
Laß der erst deine Zähne brechen;
Dann wollen wir uns weiter sprechen.“
Und alsogleich macht er sich rund,
schließt seinen dichten Stachelbund
und trotz getrost der ganzen Welt,
bewaffnet, doch als Friedensheld.**

Dieses Gedicht könnte man als die literarische Vorlage für die Außenpolitik der DDR betrachten. Kein Soldat der DDR hat das Territorium anderer Staaten betreten, um dafür zu sorgen, daß diese um ihre Reichtümer betrogen wurden oder andere Völker in ihrem eigenen Weg behindert wurden.

Die Vereinigten Staaten von Amerika haben über die ganze Welt verstreute Militärbasen, der größte Luftwaffenstützpunkt außerhalb ihres Territoriums liegt in Ramstein/Westdeutschland, der größte Flugzeugträger der USA ist Israel. Mittels Militärbasen wird ja nicht nur Krieg in andere Länder hinein getragen, sondern auch deren gesamtes Umfeld wird an die Bedürfnisse der Yankees angepasst. Ja, es erfolgt geradezu ein Kulturexport. Bekanntlich ziehen diese

Militärstützpunkte Prostituierte und Drogenhändler magisch an. Auch AIDS ist insbesondere für Afrikaner und Südasiaten eine Begleiterscheinung der US-Herrschaft, nachvollziehbar anhand der an den Militärbasen beginnenden epidemischen Entwicklung. Hinzu kommt, daß durch Zwangsumsiedlungen insbesondere von Bauern und Verseuchung des Bodens das Territorium nachhaltig verändert wird. Damit werden die in Rio auch von den USA unterzeichneten Forderungen der Agenda 21 nach gesellschaftlicher Entwicklung im Einklang mit den natürlichen Ressourcen zur Farce.

Die Bundesrepublik Deutschland orientiert sich an ihrem großen Bruder und möchte auch ins Ausland, nicht immer nur zahlen. Für den Krieg der USA gegen den Irak waren es 20 Mrd. US-\$. Man komme mir nicht mit, es fehle an Geld. Das ist alles eine Frage der Macht über Einnahmen und Verteilung. In Somalia und Jugoslawien war die Bundeswehr endlich selbst dabei, nachhaltig umzugestalten. Das Ergebnis in Jugoslawien: über 2.000 Tote, 10.000e Verletzte, mehr als 200.000 Vertriebene und starke industrielle und kulturelle Zerstörungen. Aber die Bundesrepublik leistet ja Entwicklungshilfe an militärische Organisationen wie die UCK, über Stiftungen an politische Organisationen wie die sogenannte Studentenorganisation „Otpor“, von deren Mitgliedern einige in Deutschland studieren und jetzt vor allem an deutsche Baufirmen, die in Jugoslawien durch die NATO zerstörte Häuser und Fabriken neu errichten, diesmal aber mit anderen Eigentümern.

Um die zunehmende Zahl von Auslandseinsätzen der Bundeswehr absichern zu können, werden Menschen mit ganz besonderem Profil benötigt. Man sollte fit sein, was bei der heutigen Werbung für Drogen aller Art und dem bedeutend erleichterten Zugang für Kinder und Jugendliche gar nicht so einfach ist. Man muß von westlicher Kriegsführung begeistert sein, sozusagen von hoch oben, auf alles, was sich bewegt, und seien es Flüchtlinge, schießen und sich bei Einsätzen der Spezialeinheiten als Terrorist im Hinterland fremder Staaten betätigen wollen. Als Belohnung lockt ein Wehrsold mit zahlreichen Extrazuschlägen, der von Ostdeutschen durch redliche Arbeit kaum verdienbar ist.

Da es von solchen Leuten, die sich freiwillig in den Dienst der Bundeswehr stellen wollen, zum Glück nicht allzu viele gibt, werden

zunehmend auch wieder Arbeitslose benötigt, die mittels kurzer Lehrgänge „auslandstauglich“ geschult werden.

Im Namen des Roten Tisches Jena:

Arbeitslose Jugendliche, lasst Euch nicht von den imperialistischen Rattenfängern vor den Kriegskarren spannen!

Und speziell für die Gelöbnisbefürworter in Jena:

Engagieren Sie sich für eine wirkliche Kulturvielfalt, die Verbesserung der Bildungschancen für alle Kinder und Jugendliche und die Freiheit der Wissenschaft!

Also, Hände weg vom Planetarium und dem Optischen Museum, dem Afrocenter, der Kindervilla und der Jenaer Philharmonie! Schluß mit der Schließung von Kindergärten und Schulen

Viele von Euch haben nun das Pech gehabt, sich bis hierher durchgequält zu haben, und ich hoffe, Euer Hirn ist nicht... geschmolzen oder sonstwas in der Art. Leider war es notwendig, diese Ansammlung von Unrat zu lesen. Leider ist es keine Satire. Zu allen bisherigen Vorwürfen, die gegen den Roten Tisch bekannt wurden, und die hier nicht wiederholt werden sollen, gesellen sich nunmehr noch Antisemitismus, Geschichtsfälschung, völkischer Mist und bestimmt habe ich auch einige Sachen übersehen. Aber das ist mir jetzt auch egal, und deshalb fange ich, ganz chronologisch, einfach mal am Anfang an.

Wenn die Rede davon ist, daß „viele von uns ... das Glück gehabt“ hätten, die „DDR noch selbst miterlebt zu haben“, so kann das nur als sehr fragwürdiges Glück bezeichnet werden. Oder: ja doch, ich bin glücklich, weil ich weiß, es war nicht so, wie die Rednerin, nennen wir sie Frau A. (der naheliegende Bezug zu „Arschloch“ ist nicht von mir gewählt), wie also die Rednerin es uns weismachen möchte. Die „Auseinandersetzung mit dem Krieg“ im Kindergarten erschöpfte sich beileibe nicht auf das Schmieren von Grußkarten, sondern an das Malen von Panzern, Flugzeugen und Soldaten und das Spielen mit solchen Figuren. Dieses tatsächliche militaristische Erziehen der Kinder hat sich dann in der Schule schnell fortgesetzt: Ich sag nur „Soldaten sind vorbeimarschier“. Dieses Machwerk kennen wohl auch die Jüngeren unter uns, denn das war eines der Ersten Lieder, welches alle lernen mußten. Dann noch das Werfen mit Handgranatennachbildungen (Eier- und Stielhandgranate), das Fach Wehrkundeunterricht, das Wehrlager in der 9. Klasse, das GST-Lager in der Ausbildung, der 3jährige Armeedienst für alle Jungen/Männer, die mal studieren wollten, die Betriebskampfgruppen und sonstige paramilitärische Scheiße! Klar doch, daß Frau A. entweder aufgrund ihres Alters, das ich zugegebenermaßen nicht kenne, aber nicht älter als auf 35 schätzen würde, unter unerklärlicher und verfrühter Altersenilität leidet oder doch viel zu jung wäre und nur was vorspielt oder im Stadium des Delirium Tremens (Vollstuff) halluziniert oder tatsächlich und ganz einfach nur

bescheuert ist. Denn wenn sie sich an das Malen von Karten für die unter den Angriffen der USA auf die (nord-)vietnamesische Bevölkerung erinnert, so muß das ja vor 1972 gewesen sein. Jetzt kann jedeR, insbesondere die FreundInnen von Frau A., mal für sich selber ausrechnen, ob das klappen könnte. Selbst wenn – viel verstanden werden die armen VietnamesInnen nicht haben von dem Geschmiere der kleinen Bälger. Woanders wird so etwas jedoch als „psychologische Kriegsführung“ bezeichnet...

Weiter (unter kurzfristiger Auslassung des Gedichtes meinerseits) fabuliert sie die Mär, daß DDR-Soldaten nie das Territorium anderer Staaten betreten haben, um „andere Völker in ihrem eigenen Weg“ zu behindern. Tatsächlich streiten sich einige mehr oder weniger angesehene HistorikerInnen darum, inwieweit die NVA als Armee der DDR 1968 an der Niederschlagung des Prager Frühlings beteiligt war und selbst auf tschechoslowakischem Staatsgebiet operiert hat – einig sind sie sich alle, daß die NVA logistische Unterstützung gab und somit den Überfall auch erst ermöglichte! Ganz ohne den Boden zu betreten (vielleicht auch doch, aber das kann hier nicht geklärt werde). Schlimmer noch aber ist die Formulierung „andere Völker in ihrem eigenen Weg“ – wer solche Worte formuliert, muß sich einige Vorwürfe gefallen lassen. Das sog. Selbstbestimmungsrecht selbstdefinierter und –ernannter Völker ist ein Relikt schlimmster antiimperialistischer Zeiten!!! Damit ließe sich u.a. sehr wohl eine Reokkupation sogenannter deutscher Gebiete „im Osten“ durchsetzen, wenn einfach dort eine Mehrzahl der Bevölkerung als „deutsch“ deklariert wird. Ach, ich bin ja so vergeßlich: es gibt tatsächlich Leute vom Roten Tisch Jena bzw. aus dessen Umfeld, die Nationalismus für eine gute Sache halten – zumindest manchmal!

Langsam wird's dann doch klar, wo es hingehen soll, und wem der Groschen nicht bei Wilhelm Busch, auch bekannt als Antisemit, gefallen ist, sollte spätestens bei der Nennung Israels als „der größte Flugzeugträger der USA“ merken, daß der ganze Antiamerikanismus der Frau A. und ihres Roten Tisches sich schlicht und einfach auf notorischen Antisemitismus reduzieren läßt. Ein Flugzeugträger, um mich jetzt ein wenig in Zynismus zu üben, trägt bekanntlich Flugzeuge, im Normalfall die des Staates, dessen Seekriegsflagge am Schiff baumelt. Soweit mir bekannt ist, sind in Israel jedoch keine US-amerikanischen Truppen stationiert. Gleichwohl hat Israel eine eigene Armee, die es im Interesse des eigenen Volkes (das sich auch aus Überlebenden deutscher Politik zusammensetzt) einsetzt. Warum hat Frau A. nicht hier das von ihr postulierte „Selbstbestimmungsrecht“ Israels hervorgehoben, sondern allein die angebliche Funktion als Militärbasis der USA? Gegen wen sollten die US-AmerikanerInnen real etwas in dieser Gegend haben? Ist es nicht gerade eine Folge der in jedem Fall verwerflichen Anschläge vom 11.09., daß die amerikanische Außenpolitik gerade in dieser Region sich so gewandelt hat, daß die einzige Zufluchtsstätte (gleichwohl „dank“ palästinensischer Selbstmordattentate unsicher) für jüdische Menschen in Zukunft vielleicht nicht mehr existiert???

Daneben haben die USA laut A. „über die ganze Welt verstreute Militärbasen“ – eine äußerst unpraktische Angelegenheit. Sie meinte wohl „verteilt“, aber schon so ein kleines Wörtchen gibt doch einiges an interessanten Rückschlüssen über das Denken der VerfasserInnen her... Deshalb spielt es auch keine Rolle, daß bis 1989/90 auch die UdSSR in vielen Ländern umfangreiche Rüstungspotentiale konzentriert hatte. So war die DDR der Staat des Warschauer Vertrages mit den meisten Sowjettruppen – neben konventioneller Rüstung insbesondere atomare. Wahrscheinlich nennt der Rote Tisch

genau das „bewaffnet, doch als Friedensheld.“ In Wahrheit haben gerade militärische Planspiele von Roter Armee, NVA usw. als wahrscheinlichstes Szenario den massiven Beschuß Mittel- und Westeuropas mit Atomraketen und anschließender Besetzung durch größere Panzerarmeen geübt. Der Igel jedoch greift bestimmt nicht den Fuchs an (es denn, er hätte Tollwut oder BSE – dann wäre nach anderer RT-Theorie zu tätowieren und in Lager zu verbringen)! Eine weitere Frage drängt sich mir auf: Wenn (amerikanische) Militärbasen Krieg quasi exportieren („hineintragen“), was haben dann die sowjetischen Stützpunkte exportiert? Samoware? Statt dessen geht es weiter plump zu: „...es erfolgt geradezu ein Kulturexport“ und die Umgebung „wird an die Bedürfnisse der Yankees angepaßt“^d!

Dann werden erneut Ursache und Wirkung vertauscht: Militär zieht nicht Prostitution und Drogenhandel an, sondern ist Grundlage davon! Gerade der Krieg gegen Vietnam hat den Handel und Konsum von Heroin in den USA selber aufblühen lassen, weil anders der Krieg nicht zu ertragen war.

Und endlich kommt dann das Ganze zu einer meiner Lieblingsstellenⁱⁱ, – es kumuliert sozusagen in der Behauptung „AIDS (sei) insbesondere für Afrikaner und Südasiaten eine Begleitherrschaft der US-Weltherrschaft“! Dieser Lüge (das ist sie wirklich) fehlt jede wissenschaftliche Basis – wieviel militärische Stützpunkte der USA kennt A. z.B. in Afrika? Gerade in Afrika ist AIDS aber sehr weit verbreitet! Für Südostasien sind Militärbasen belegbar, nicht aber die dort beginnende „epidemische Entwicklung“ durch amerikanische StaatsbürgerInnen an sich; gerade der europäische Sextourismus spielt dabei jedoch eine entscheidende Rolle. Hier geht es auch überhaupt nicht um „Beweise“, sondern um schlichte Hetze. Denn daß auch auf Cuba AIDS kursiert, der US-Stützpunkt in der Schweinebucht aber völlig abgeriegelt ist von Restcuba, ist mit dem Roten-Tisch-Quatsch nicht erklärbar. Vielmehr soll uns weisgemacht werden, AIDS sei eine Erfindung aus amerikanischen Labors. Auch wenn das so nicht gesagt wird – welche Erklärung bleibt denn sonst übrig? Alles rückt in Richtung Verschwörung...

Dann kommt noch die Lachnummer mit der Verseuchung des Bodens durch amerikanisches Militär – natürlich, und das ist gar nicht lustig, wird jeder Boden durch jedes Militär verseucht. Gerade wir in Ostdeutschland, um diese Phrase und Konstruktion aufzugreifen, können uns glücklich schätzen, wenn wir uns erinnern können – Teile des ehemaligen Panzerplatzes um den Landgrafen herum sind heute noch mit Warnschildern wegen militärischer Altlasten des „Friedensheldes Igel“ gespickt.

Jetzt werde ich mal aber etwas verkürzen, denn den (Un-)Sinn hinter dem ganzen Scheiß habe ich ja hoffentlich schon herausgearbeitet... Die BRD orientiert sich weniger an den USA als Großen Bruder, sondern möchte ganz einfach für die Zukunft ihre eigenen wirtschaftlichen Interessen sichern. So einfach.

Den „Krieg der USA gegen den Irak“ hat es in der Definition und Konstellation nicht gegeben, es war ein Krieg der UNO, weshalb auch besonders Frankreich und Großbritannien sich hervorgetan haben. Der finanzielle Beitrag der BRD belief sich nicht auf 20 Mrd. US-\$, sondern 16 Mrd. DM. Ersterer Betrag wäre zum damaligen Zeitpunkt um die 40 Mrd. DM gewesen, 150% mehr!

200.000 Vertriebene in Jugoslawien! Vertriebene! Muß ich noch betonen, daß der BdV sich über Frau A. als Mitglied freuen würde? Frischfleisch. Ich möchte mich nicht über das Leid anderer Menschen lustig machen – aber wir reden hier von Krieg!

Was erwartet denn A.? 200.000 Gummibären? Solche Naivität... Die Deutschen, die den 2. Weltkrieg begannen, waren vom Ausgang auch überrascht, weil sie sich für unbesiegbar hielten. Auch wenn die Konstellation freilich nicht vergleichbar ist.

Vergleichbar sind allerdings SoldatInnen – sie alle sind potentiell, manche reale MörderInnen! Das gilt auch und ganz besonders für deutsche SoldatInnen, z.B. die der DDR. Statt dessen wurde in dem Pamphlet über alle Logik hinweg behauptet, manchmal sei es gut, SoldatInnen zu haben: Ähnliches hat die FAZ, von ihrer rechtskonservativen Seite her, formuliert. In einem Kommentar zu den Friedensdemos verstümmelte sie das Brecht-Zitat „Stell Dir vor, es ist Krieg und keiner geht hin.“ zu „Stell Dir vor, es ist Krieg und keiner geht hin – dann kommt der Krieg zu Dir!“ Dem Gedicht des Inhaltes „Bewaffneter Friede“ werden gerade die am Ende der Rede angesprochenen Gelöbnisbefürworter sofort selber zustimmen können.

Über den Schwachsinn mit den Drogen mag ich schon gar nicht mehr schreiben.

Aber eines kann ich mir nicht verkneifen: die Stilisierung und Überbewertung von Arbeit („redliche Arbeit“, „Arbeitslose Jugendliche!“ⁱⁱⁱ usw.) läßt deutlich den antisemitischen Grundkontext der Rede und vielleicht auch des gesamten Roten Tisches hervortreten. Ein Grund mehr, diesen zu boykottieren!

ⁱ Endlich eine Fußnote: Ich habe lange gerätselt, welche „Yankees“ hier gemeint sind – die New York Yankees (in dem Falle wären überall Baseballstadien entstanden) oder generell die Nordstaaten der USA (die, wenn auch aus kapitalistischen Gründen, das Ende der Sklaverei in den USA bescherten; hätten diese den Kampf gegen rassistische Rednecks exportiert?)

ⁱⁱ Die natürlich in keinsten Weise meine Lieblingsstellen sind!

ⁱⁱⁱ Hinter „Arbeitslose“ müßten extra Ausrufezeichen stehen – wer um die Zeit, 12 Uhr Mittag, Zeit für eine Antikriegsaktion hat, muß ja arbeitsscheu bzw. arbeitslos sein. Denn daß es sich um SchülerInnen und Studierende handelte, die streikten, scheint im Kontext nicht nützlich gewesen zu sein!

Lang lebe Israel! Kein Staat Palästina!

Die deutsche Linke ist bei genauer Betrachtung so antisemitisch wie die gesellschaftlichen Verhältnisse, die sie angeblich angreifen will. In nicht enden wollender Intensität wird im links-deutschen Blätterwald Solidarität mit den „unterdrückten Palästinensern“ gefordert, schließlich gelte es, das - bereits an sich faschistisch aufgeladene - „Selbstbestimmungsrecht der Völker“ umzusetzen.

Was hat es mit der Forderung nach einem palästinensischen Staat auf sich? Warum geraten ausgerechnet deutsche Linke in diesem Kontext immer wieder ins Schwärmen? Warum wird gerade bei den Opfern deutscher Ideologie, nämlich den Juden, die Idee des „Antinationalismus“ so vehement eingefordert? Vermutlich weil jene unter dem Deckmantel des Antizionismus und Antiimperialismus sich tummelnde Garde aus Autonomen, Antifas und „Linksalternativen“ der Eltern- und Großelterngeneration näher ist, als sie glaubt und in Deutschland angekommen ist. Sie alle eint die Sehnsucht nach völkischer Gemeinschaft!

Die Notwendigkeit des Staates Israel

Die Gründung des Staates Israel ist die letztlich notwendige Konsequenz des latenten und manifesten Antisemitismus der bürgerlichen Gesellschaften, der in Deutschland während des Nationalsozialismus seine staatlich gedeckelte mörderische Dimension offenbarte. Deutschland muß als Exempel einer bürgerlichen Gesellschaft angesehen werden, die, wenn sie aus den Fugen gerät, im Staat ihre Rettung sucht und die immanente Krisenhaftigkeit des Kapitalismus in Form bestimmter Gruppen personalisiert.

Die Juden wurden in wahnhafter Projektion mit den geheimnisvollen Mächten des Abstrakten und Unbegreiflichen: dem zinstragenden Kapital, was nach deutschem Verständnis den

Kapitalismus auszumachen scheint, gleichgesetzt. (Davor scheuen auch Linke nicht zurück, wenn man sich die Globalisierungsproteste ansieht.) Dies gipfelte in der Unterscheidung von "raffendem" (also jüdischem) und "schaffendem" (also arischem) Kapital. Der allseits unbegriffene *Wert* in Form der Zirkulationssphäre wurde somit mit den Juden identifiziert.

Die Vernichtung der Juden war also Ergebnis einer verkürzten Kapitalismuskritik, die letztlich das ("produktive") Kapital verteidigte. Blut und Boden, Gemeinschaft und Volk wurden gegenüber dem Kosmopolitismus des "Anti-Volkes" in Anschlag gebracht. Nation und Rasse galten als Schutzraum vor Konkurrenz und Überflüssigkeit. Der Volksstaat - heute Sozialstaat - hat für die Interessenvertretung aller(!) zu sorgen und stimuliert(e) die Volksgenossen nach denen zu fahnden, für die beständig Ausnahmen von der Regel veranstaltet werden, was letztlich die Entscheidungsschlacht gegen die "faulen Nutznießer produktiver Arbeit": also Auschwitz zur Folge hatte .

Der Tatendrang der gewöhnlichen Deutschen, der Volksgemeinschaft, hat Millionen von Juden das Leben gekostet. Aus dieser Erfahrung heraus ergab sich folgerichtig in einer Welt, die mit dem Wesen des Kapitalismus nicht brechen wollte, die einzig bis heute erfolgversprechende Option: nur eine eigene staatliche Macht kann den jüdischen Menschen die Chance bieten, einen erneuten Versuch der Vernichtung zu verhindern!

Das sich der jüdische Staat in ein Dilemma brachte, nämlich die Form des Schutzes zu wählen, die letztlich konstituierendes Moment der eigene Verfolgung und teilweisen Vernichtung war - nämlich eine bürgerliche Nation -, steht dabei auf einem ganz anderen Blatt und hat die historischen Dimensionen zu beachten.

Palästina - ein "deutsches Projekt"

Was deutsch ist, läßt sich nicht nur auf ein bestimmtes geographisches Gebiet oder einen bestimmten Menschenschlag reduzieren, sondern ist mittlerweile Markenzeichen einer Welt, in der der Kapitalismus immer mehr auf seinen Begriff kommt. Ein völkischer Blut-und-Boden-Nationalismus, der mit der kollektiven Zurichtung der Verlierer der Volksgemeinschaft zum rächenden Mob einhergeht, dessen Programm nichts aber auch gar nichts mit einer emanzipatorischen Gesellschaft zu tun hat, ist das, was man als *deutsch* zu kennzeichnen hat. Nicht ein späteres Leben in Luxus und Individualität ist für die heiligen Krieger anvisiert, sondern ein ausgemachtes "Anti-Volk" ist Ziel der Begierde bewaffneter Banden, die eine Bevölkerung in Geiselhaft genommen haben, um einem "Endsieg" entgegenzufiebern: Programm ist seit jeher ein Vernichtungsantisemitismus, der seinem deutschen Vorbild nur noch in seiner Quantität nachsteht.

Bereits Schulkindern in Palästina wird der Marschbefehl in die Bücher gedruckt: der Jude als ewiger Feind. Das dies in Palästina und der übrigen arabischen Welt nicht unbedingt eine Ausnahme ist, läßt sich historisch mit der Bündnispolitik dieser Kreise mit der deutschen Wehrmacht im 2. Weltkrieg belegen.

Daran würde auch die Existenz eines Staates Palästina nichts ändern. Der einzige Kitt dieser Gesellschaft, die zum Aufbau einer leistungsfähigen Ökonomie weder fähig noch willens ist, besteht in der Feindschaft zum Staat der Juden und insbesondere seiner Bevölkerung. Denn jedes noch so große und für Israel existenzgefährdende Zugeständnis wurde mit noch mehr Terror beantwortet. Die Intifada ist Resultat einer völkischen Mobilmachung, bei der nur das bedingungslose Mitmachen zählt und die eine Gesellschaft produziert, die sich nicht mehr über partikuläre Interessen differenziert, sondern ein Bündnis von feudaler Elite und Mob schmiedet, das gegen die inneren und äußeren Volksfeinde in Stellung geht. Hier ist eine Bewegung am Start, die noch die letzten positiven Potentiale einer bürgerlichen Gesellschaft, nämlich die Herauslösung aus natürlichen und familialen Zusammenhängen traditioneller Gesellschaften und damit die Möglichkeiten des Einzelnen, individuellen Interessen nachzugehen, im Visier hat. Dagegen ist Israel als eine im wahrsten Sinne bürgerliche Demokratie zu kennzeichnen, in der die Leute nicht Volksgenosse sind, sondern Staatsbürger; wo die Menschen individuellen Interessen und Genuß nachgehen, anstatt Scholle und Schicksal, den selbstverordneten Dauerausnahmestand, anzubeten.

Das Ende der alten Weltordnung

Bereits die unter deutscher Regie bewerkstelligte völkische Zerschlagung Jugoslawiens deutete die Modernität des german way of life an: Volkstumsrecht bricht Staatsrecht. Deutsch-Europa tritt in offene Konfrontation zu den USA, auf Seiten der Araber und gegen Israel, auf Seiten der UCK und gegen ein multiethnisches Jugoslawien. Allesamt Staaten mit antifaschistischer Gründungsintention.

In diesem Sinne ist auch der Terroranschlag in den USA als offene Kriegserklärung der islamischen Herrschaftszentren gegen eine Gesellschaft zu verstehen, die sich allzu deutlich zu den Interessen des jüdischen Staates bekannte und deren Repräsentanten als Agenten der zionistischen Weltverschwörung gelten und jene Gemeinschaften der islamistischen Volksgenossen angeblich tagtäglich um ihre Rechte prellt. Das Programm der "nationalen Befreiung" Palästinas lautet Verzicht, unmittelbare Herrschaft durch die wildesten selbstauferlegten Regeln und Rückkehr zu vorkapitalistischen Verhältnissen. Dies wird durch einen ungezügeln Vernichtungswillen auch sich selbst gegenüber praktiziert.

Gerade eine auf Befreiung von den bürgerlichen Zurichtungen abzielende Linke hätte gezielte Schläge gegen die Herrschaftszentren des radikalen politischen zu begrüßen, wenngleich klar bleibt, daß aktuell die USA wie historisch die Anti-Hitlerkoalition nur gegen ihr eigenes Resultat der Wertvergesellschaftung antreten.

Das Dilemma und die Herausforderung besteht mittlerweile darin, gegen die Mobilmachung der völkischen Bewegungen in Palästina, Kosovo etc. die bürgerlichen Nationalstaaten zu verteidigen.

Für Israel - gegen die palästinensische Konterrevolution!

"Die Solidarität mit Israel...ist also nicht nur wegen der Verteidigung von mit dem kollektiven Mord bedrohten eine Notwendigkeit. Darüberhinaus ist die Solidarität mit Israel die Entscheidung für die Erhaltung der Möglichkeit der Revolution, die, sollte das Prinzip Volkskrieg den Sieg erringen und das Ende seines unfreiwillig heftigsten Gegners, Israel, herbeiführen, ebenfalls am Ende wäre. Dieses Ende wäre... die menschheitsgeschichtlich Besiegelung des Prinzips Auschwitz" (Bahamas 34, S. 28).

Bezüglich der äußeren Sicherheit Israels kann keine ernstzunehmende Linke Zugeständnisse machen. Sie hätte kompromißlos gegen ein völkisch-islamistisches Judenhasserkollektiv Stellung zu beziehen!

Gegen die antisemitischen Kollektive!
Nie wieder Deutschland, nirgendwo!
Für den Kommunismus!

Regionalgruppe Saalfeld (oktober 2001)



Kontakt: RegionalgruppeSaalfeld@gmx.net